Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2026/3932

1.9.2026

EMPFEHLUNG DES RATES

vom 10. Juli 2026

zur Wirtschafts-, Sozial-, Beschäftigungs-, Struktur- und Haushaltspolitik der Niederlande

(C/2026/3932)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 121 Absatz 2 und Artikel 148 Absatz 4,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2024/1263 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2024 über die wirksame Koordinierung der Wirtschaftspolitik und über die multilaterale haushaltspolitische Überwachung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates ([1]), insbesondere auf Artikel 3 Absatz 3,

gestützt auf die Verordnung (EU) Nr. 1176/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. November 2011 über die Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte ([2]), insbesondere auf Artikel 6 Absatz 1,

auf Empfehlung der Europäischen Kommission,

unter Berücksichtigung der Entschließungen des Europäischen Parlaments,

unter Berücksichtigung der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates,

nach Stellungnahme des Beschäftigungsausschusses,

nach Stellungnahme des Wirtschafts- und Finanzausschusses,

nach Stellungnahme des Ausschusses für Sozialschutz,

nach Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaftspolitik,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Mit der Verordnung (EU) 2024/1263 werden die Ziele des Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung festgelegt, der durch Reformen und Investitionen gesunde und auf Dauer tragfähige öffentliche Finanzen, ein nachhaltiges und inklusives Wachstum sowie die Resilienz fördern und übermäßige öffentliche Defizite verhindern soll. In der Verordnung ist vorgesehen, dass der Rat und die Kommission die multilaterale Überwachung im Rahmen des Europäischen Semesters im Einklang mit den im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) festgelegten Zielen und Anforderungen durchführen. Das Europäische Semester umfasst insbesondere die Formulierung der länderspezifischen Empfehlungen und die Überwachung ihrer Umsetzung.

([1]) Verordnung (EU) 2024/1263 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2024 über die wirksame Koordinierung der Wirtschaftspolitik und über die multilaterale haushaltspolitische Überwachung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates (ABl. L, 2024/1263, 30.4.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1263/oj).

([2]) Verordnung (EU) Nr. 1176/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. November 2011 über die Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte (ABl. L 306 vom 23.11.2011, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2011/1176/oj).

(2) Am 25. November 2025 nahm die Kommission eine Stellungnahme zur Übersicht über die Haushaltsplanung der Niederlande 2026 an. Am selben Tag nahm die Kommission auf der Grundlage der Verordnung (EU) Nr. 1176/2011 den Warnmechanismus-Bericht 2026 an, worin die Niederlande nicht als einer der Mitgliedstaaten genannt wurden, bei denen eine eingehende Überprüfung angezeigt war. Die Kommission legte außerdem eine Empfehlung für eine Empfehlung des Rates zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets vor sowie eine Empfehlung für eine Empfehlung des Rates zum Humankapital in der Europäischen Union und einen Vorschlag für den gemeinsamen Beschäftigungsbericht 2026, in dem die Umsetzung der beschäftigungspolitischen Leitlinien und der Grundsätze der Europäischen Säule sozialer Rechte analysiert werden. Der Rat nahm die Empfehlung zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets ([3]) am 21. April 2026 und den Gemeinsamen Beschäftigungsbericht sowie die Empfehlung zum Humankapital am 9. März 2026 an.

(3) Am 29. Januar 2025 veröffentlichte die Kommission den Kompass für Wettbewerbsfähigkeit, einen strategischen Rahmen, mit dem die globale Wettbewerbsfähigkeit der Union in den kommenden fünf Jahren gestärkt werden soll. Darin werden die drei Handlungsfelder Innovation, Dekarbonisierung und Wettbewerbsfähigkeit sowie die Sicherheit als entscheidende Säulen für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum genannt. Seit seiner Veröffentlichung fließt der Kompass für Wettbewerbsfähigkeit in die Arbeit des Europäischen Semesters ein, sodass sichergestellt ist, dass die Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten mit den strategischen Zielen der EU im Einklang steht und bei der wirtschaftspolitischen Steuerung ein einheitlicher Ansatz verfolgt wird, der in der gesamten Union nachhaltiges Wachstum, Innovation und Resilienz fördert.

(4) Das Europäische Semester für die wirtschaftspolitische Koordinierung verläuft 2026 weiterhin parallel zur letzten Phase der Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität ([4]). Die Aufbau- und Resilienzpläne sowie die kohäsionspolitischen Mittel sind für die Verwirklichung der politischen Prioritäten im Rahmen des Europäischen Semesters von entscheidender Bedeutung, da mit diesen Plänen alle oder wesentliche Teile der in den einschlägigen länderspezifischen Empfehlungen der letzten Zyklen der wirtschaftspolitischen Koordinierung genannten Herausforderungen wirksam angegangen und in Programmen, die mit Mitteln der europäischen Kohäsionspolitik finanziert wurden, die länderspezifischen Empfehlungen berücksichtigt werden mussten. Auch kurz vor ihrem Auslaufen bleibt die Aufbau- und Resilienzfazilität sehr wichtig, um die in ihrem Rahmen unterstützten und durchgeführten Reformen und Investitionen aufrechtzuerhalten und darauf aufzubauen, insbesondere diejenigen, die zur Bewältigung der in den länderspezifischen Empfehlungen genannten Herausforderungen beitragen.

(5) Am 3. Juni 2026 veröffentlichte die Kommission den Länderbericht 2026 für die Niederlande. Darin werden die Fortschritte des Landes bei der Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen 2025 und der Stand der Durchführung des Aufbau- und Resilienzplans durch die Niederlande bewertet. Ausgehend von dieser Bewertung werden im Länderbericht die dringendsten Herausforderungen aufgezeigt, mit denen die Niederlande konfrontiert sind. Ferner werden in dem Bericht die Fortschritte der Niederlande bei der Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte, bei der Verwirklichung der Kernziele der Union in den Bereichen Beschäftigung, Kompetenzen und Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sowie bei den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung bewertet.

([3]) ABl. C, C/2026/2434, 28.4.2026, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2026/2434/oj.

([4]) Verordnung (EU) 2021/241 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Februar 2021 zur Einrichtung der Aufbau- und Resilienzfazilität (ABl. L 57 vom 18.2.2021, S. 17, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/241/oj).

(6) Die Kommission nahm für die Niederlande eine eingehende Überprüfung nach Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 1176/2011 vor. Die wichtigsten Ergebnisse der von der Kommission angestellten Bewertung der makroökonomischen Anfälligkeiten der Niederlande für die Zwecke der vorgenannten Verordnung wurden am 20. Mai 2026 veröffentlicht ([5]). Am 3. Juni 2026 gelangte die Kommission zu dem Schluss, dass in den Niederlanden keine makroökonomischen Ungleichgewichte mehr bestehen. So bestanden längere Zeit insbesondere Anfälligkeiten im Zusammenhang mit der hohen Verschuldung der privaten Haushalte, dem Wohnungsmarkt und dem hohen Leistungsbilanzüberschuss, die sich aber zuletzt abgeschwächt haben. Der hohe Leistungsbilanzüberschuss ist in letzter Zeit leicht zurückgegangen. Zum Teil ist er strukturell bedingt, da die Niederlande ein wichtiges europäisches Handelszentrum sind und dort viele multinationale Unternehmen ihren Sitz haben. Parallel dazu spiegelt der Rückgang des Überschusses gemessen am Verhältnis zwischen Ersparnissen und Investitionen wider, dass das jüngste Wachstum des realen BIP vorrangig durch die Inlandsnachfrage bedingt ist und die Nachfrage stärker gestiegen ist als im übrigen Euro-Währungsgebiet, wenn auch ausgehend von einem niedrigeren Niveau. Für dieses und das nächste Jahr wird nicht von einem Anstieg des Leistungsbilanzüberschusses ausgegangen. Die Wohnimmobilienpreise steigen vor dem Hintergrund des knappen Wohnraumangebots weiterhin spürbar an. Die Verschuldung der privaten Haushalte gemessen am BIP ging 2025 weiter zurück, wenn auch langsamer als zuvor, da niedrigere Zinsen zu mehr Kreditaufnahmen führten. In den kommenden Jahren könnte sich die Verschuldung der privaten Haushalte stabilisieren, und die Risiken im Zusammenhang mit der hohen Verschuldung der privaten Haushalte werden teilweise dadurch abgemildert, dass Festzinshypotheken weitverbreitet sind. Es wurden einige politische Maßnahmen zur Erhöhung des Wohnraumangebots ergriffen, und die jüngste Investitionsagenda der Regierung, die auch Investitionen in den Wohnungsbau vorsieht, könnte dazu beitragen, den Leistungsbilanzüberschuss mittelfristig zu verringern. Mit Blick auf die Zukunft könnten eine wirksame Ausweitung des Wohnraumangebots und die Beseitigung steuerlicher Anreize für den schuldenfinanzierten Wohnimmobilienerwerb zu niedrigeren Wohnimmobilienpreisen und einer dauerhaft geringeren Verschuldung der privaten Haushalte führen, während die Ankurbelung der inländischen Investitionen dazu beitragen würde, den Leistungsbilanzüberschuss weiter zu verringern. Die Reformen im Bereich der Wohnungspolitik werden im Rahmen des Europäischen Semesters überwacht.

(7) Am 10. Juli 2026 nahm der Rat auf der Grundlage der Bewertung und der Empfehlung der Kommission eine Empfehlung zur Billigung des nationalen mittelfristigen finanzpolitisch-strukturellen Plans der Niederlande vom April 2026 ([6]) an. Der gemäß Artikel 15 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2024/1263 vorgelegte Plan erstreckt sich auf den Zeitraum von 2026 bis 2030 und sieht eine Haushaltsanpassung über vier Jahre vor. Der Rat empfahl die folgenden Obergrenzen für das Nettoausgabenwachstum: 4,7 % im Jahr 2026, 3,5 % im Jahr 2027, 3,1 % im Jahr 2028, 3,5 % im Jahr 2029 und 3,7 % im Jahr 2030, was den kumulierten maximalen Wachstumsraten entspricht, die bezogen auf das Basisjahr 2025 berechnet wurden (4,7 % im Jahr 2026, 8,4 % im Jahr 2027, 11,7 % im Jahr 2028, 15,6 % im Jahr 2029 und 19,9 % im Jahr 2030). Diese Empfehlung ersetzte die Empfehlung vom 21. Januar 2025 ([7]). Die darin für das Jahr 2025 festgelegten Obergrenzen für das Nettoausgabenwachstum, d. h. 3,5 % jährlich und 10,4 % kumulativ bezogen auf das Basisjahr 2023, bleiben jedoch für die Bewertung der Einhaltung bis einschließlich 2025 relevant.

(8) Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und seine Auswirkungen stellen eine existenzielle Herausforderung für die Europäische Union dar. Um eine rasche und signifikante Aufstockung der Verteidigungsausgaben zu bewirken, forderte die Kommission die Mitgliedstaaten auf, eine koordinierte Aktivierung der nationalen Ausweichklausel im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts zu beantragen ([8]). Dieser Vorschlag wurde vom Europäischen Rat am 6. März 2025 begrüßt. Die Mitgliedstaaten können nach wie vor bis 2028 jederzeit die Aktivierung der nationalen Ausweichklausel beantragen, wenn sie die in Artikel 26 der Verordnung (EU) 2024/1263 festgelegten Kriterien erfüllen.

([5]) SWD(2026) 140 final.

([6]) Empfehlung des Rates vom 10. Juli 2026 zur Billigung des nationalen mittelfristigen finanzpolitisch-strukturellen Plans der Niederlande (ABl. C, C/2026/3912, 1.9.2026, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2026/3912/oj).

([7]) Empfehlung des Rates vom 21. Januar 2025 zur Festlegung des Nettoausgabenpfads für die Niederlande (ABl. C, C/2025/648, 10.2.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/648/oj).

([8]) Mitteilung der Kommission vom 19. März 2025 über die Erhöhung der Verteidigungsausgaben im Stabilitäts- und Wachstumspakt (C(2025) 2000 final).

(9) Am 14. April 2026 legten die Niederlande ihren jährlichen Fortschrittsbericht 2026 ([9]) über die Einhaltung der empfohlenen Obergrenzen für das Nettoausgabenwachstum und die Umsetzung der Reformen und Investitionen vor, mit denen die in den länderspezifischen Empfehlungen des Europäischen Semesters genannten größten Herausforderungen in Angriff genommen werden sollen. Der jährliche Fortschrittsbericht spiegelt auch die in Artikel 27 der Verordnung (EU) 2021/241 vorgeschriebene halbjährliche Berichterstattung der Niederlande über die Fortschritte bei der Umsetzung des niederländischen Aufbau- und Resilienzplans wider.

(10) Das Wachstum des realen BIP lag 2025 bei 1,8 % und die HVPI-Inflation bei 3,3 %. Die Kommission geht in ihrer Frühjahrsprognose 2026 von einem Wachstum des realen BIP um 1,0 % im Jahr 2026 und 1,1 % im Jahr 2027 sowie einer HVPI-Inflation von 3,2 % im Jahr 2026 und 2,5 % im Jahr 2027 aus.

(11) Nach den von Eurostat bereitgestellten Daten ([10]) ist das gesamtstaatliche Defizit der Niederlande von 0,7 % des BIP im Jahr 2024 auf 1,6 % des BIP im Jahr 2025 gestiegen. Der Anstieg des Defizits im Jahr 2025 ist in erster Linie auf steigende laufende Ausgaben und öffentliche Investitionen sowie strukturelle Senkungen bei der Einkommensteuer zurückzuführen. Ausgehend von den zum Prognosestichtag bekannten Politikmaßnahmen rechnet die Kommission in ihrer Frühjahrsprognose 2026 für 2026 mit einem Defizit von 2,5 % des BIP und für 2027 mit einem Defizit von 1,9 % des BIP. Der Anstieg des Defizits im Jahr 2026 ist in erster Linie auf die vorübergehenden Auswirkungen einer Reform des Militärrentensystems zurückzuführen, in deren Rahmen etwa 0,7 % des BIP von der Regierung auf einen privaten Pensionsfonds übertragen werden.

(12) Nach Schätzungen der Kommission war der haushaltspolitische Kurs ([11]), der sowohl die auf nationaler Ebene als auch die aus dem EU-Haushalt finanzierten Ausgaben umfasst, im Jahr 2025 expansiv (haushaltspolitische Expansion um 0,8 % des BIP). Es wird erwartet, dass er sowohl 2026 als auch 2027 weitgehend neutral bleiben wird.

(13) Nach den von Eurostat bereitgestellten Daten ([12]) ist der gesamtstaatliche Schuldenstand der Niederlande von 43,8 % des BIP Ende 2024 auf 44,4 % des BIP Ende 2025 gestiegen. Ausgehend von den zum Prognosestichtag bekannten Politikmaßnahmen rechnet die Kommission in ihrer Frühjahrsprognose 2026 damit, dass die Schuldenquote bis Ende 2026 auf 46,9 % steigen und dann bis Ende 2027 weitgehend stabil bei 47,0 % bleiben wird. Der Anstieg im Jahr 2026 ist in erster Linie auf Darlehen an TenneT, den niederländischen Stromübertragungsnetzbetreiber, und an EBN, das staatliche Energieunternehmen, zurückzuführen.

(14) Eurostat-Daten zufolge ([13]) beliefen sich die gesamtstaatlichen Verteidigungsausgaben der Niederlande im Jahr 2025 auf insgesamt 1,7 % des BIP. Der Frühjahrsprognose 2026 der Kommission zufolge dürften die gesamtstaatlichen Verteidigungsausgaben im Jahr 2026 insgesamt 1,9 % des BIP ausmachen ([14]).

([9]) Die jährlichen Fortschrittsberichte für 2026 sind abrufbar unter: https://economy-finance.ec.europa.eu/economic-and-fiscal-governance/stability-and-growth-pact/preventive-arm/annual-progress-reports_en.

([10]) Eurostat-Euroindikatoren vom 22. April 2026.

([11]) Der haushaltspolitische Kurs gibt die jährliche Veränderung der zugrunde liegenden gesamtstaatlichen Haushaltslage an. Er dient der Bewertung des wirtschaftlichen Impulses, der von den auf nationaler Ebene sowie aus dem EU-Haushalt finanzierten haushaltspolitischen Maßnahmen ausgeht. Gemessen wird der haushaltspolitische Kurs als Differenz zwischen i) dem mittelfristigen Potenzialwachstum und ii) der Veränderung der Primärausgaben abzüglich diskretionärer einnahmenseitiger Maßnahmen, aber einschließlich der mit nicht rückzahlbarer Unterstützung (Zuschüssen) aus der Aufbau- und Resilienzfazilität und anderen EU-Fonds finanzierten Ausgaben.

([12]) Eurostat-Euroindikatoren vom 22. April 2026.

([13]) Eurostat, nach dem Verwendungszweck klassifizierte Staatsausgaben (COFOG).

([14]) Die NATO-Definition von Verteidigungsausgaben weicht von der COFOG-Definition von Verteidigung ab. Weitere Unterschiede könnten sich daraus ergeben, dass Ausgaben, insbesondere für Militärgüter, zu unterschiedlichen Zeitpunkten erfasst und bei der NATO nicht zum gleichen Zeitpunkt gemeldet werden wie bei der Erfassung nach den Vorschriften der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

(15) Die Union ist weiterhin mit der Gefahr von Unterbrechungen der Energieversorgung und erhöhter Preisvolatilität konfrontiert, was durch geopolitische Spannungen, die sich auf die globalen Öl- und Gasmärkte auswirken, noch verschärft wird. Die Erfahrungen aus der Energiekrise in den Jahren 2022 und 2023 haben gezeigt, dass breit angelegte und ungezielte Maßnahmen die öffentlichen Finanzen stark belasten und sozial und wirtschaftlich ineffizient sind. Seit Ausbruch des Krieges im Nahen Osten im Februar 2026 haben die Niederlande haushaltspolitische Maßnahmen ergriffen, um die Auswirkungen der hohen Energiepreise auf Haushalte und Unternehmen abzufedern ([15]). Dazu gehören ein Nothilfe-Energiefonds zur Unterstützung der finanziell schwächsten Haushalte mit hohen Energierechnungen im Winter 2026-2027, eine dauerhafte Erhöhung der steuerfreien Entfernungspauschale und gezielte Senkungen der Kraftfahrzeugsteuer für Lieferwagen und Lastkraftwagen für das Jahr 2026. Der Frühjahrsprognose 2026 der Kommission zufolge wird die Belastung der öffentlichen Finanzen durch diese Maßnahmen im Jahr 2026 weniger als 0,1 % des BIP ausmachen.

(16) Ausgehend von den Berechnungen der Kommission stiegen die Nettoausgaben der Niederlande im Jahr 2025 um 7,2 % und in den Jahren 2024 und 2025 kumulativ um 10,6 %. Das Nettoausgabenwachstum im Jahr 2025 liegt über der vom Rat im Januar 2025 empfohlenen Obergrenze, was bei jährlicher Betrachtung einer Abweichung um 1,5 % des BIP entspricht. Werden die Jahre 2024 und 2025 zusammen betrachtet, liegt das kumulierte Nettoausgabenwachstum ebenfalls über der empfohlenen Obergrenze, was einer kumulierten Abweichung um 1,0 % des BIP entspricht.

(17) Den Berechnungen der Kommission zufolge dürften die Nettoausgaben der Niederlande im Jahr 2026 um 4,9 % steigen. Das Nettoausgabenwachstum im Jahr 2026 soll den Projektionen zufolge über der vom Rat 10. Juli 2026 empfohlenen Obergrenze liegen, was bei jährlicher Betrachtung einer Abweichung um 0,1 % des BIP entspricht.

(18) Im niederländischen Einkommensteuersystem werden bestimmte Vermögenswerte anders behandelt als die übrigen, was die Kapitalaufteilung und wirtschaftliche Entscheidungen verzerrt. Insbesondere die Abzugsfähigkeit von Hypothekenzinsen – in Verbindung mit der niedrigen angesetzten Mietbesteuerung – führt zu einer starken steuerlichen Bevorzugung von häufig schuldenfinanzierten Investitionen in Wohnraum gegenüber Investitionen in Aktien und Anleihen. Darüber hinaus werden auch Rentenbeiträge und Vermögenswerte in „geschlossenen" Unternehmen, d. h. Unternehmen, deren Anteile mehrheitlich von nur wenigen Personen gehalten werden, steuerlich bevorzugt. Unterdessen werden die Einkünfte privater Haushalte aus Ersparnissen und Investitionen auf der Grundlage angenommener – und nicht der tatsächlichen – Renditesätze besteuert, was das Risiko birgt, die Konjunkturzyklen zu verstärken, wenn die Renditesätze nicht den tatsächlichen Ergebnissen entsprechen. Die Regierung erwägt die Einführung einer Kapitalwachstumssteuer, möglicherweise ab 2028. Die Umsetzung von Reformen zur Verringerung dieser ungleichen steuerlichen Behandlung – sowohl innerhalb der als auch zwischen den Vermögensarten – wird die Möglichkeiten zur Steuerarbitrage verringern, die Wirkung des Steuersystems als automatischer Stabilisator stärken, wirtschaftliche Ungleichheiten abmildern und eine effizientere Kapitalaufteilung fördern. Die Verringerung der ungleichen steuerlichen Behandlung ist auch zur Beseitigung makroökonomischer Ungleichgewichte von Bedeutung, da diese ungleiche Behandlung zu einer höheren Verschuldung der privaten Haushalte führt.

([15]) Stand: Stichtag der Frühjahrsprognose 2026 der Kommission (4. Mai 2026).

(19) Zusätzlich zu den genannten steuerlichen Anreizen wurde die Überbewertung auf dem Wohnungsmarkt dadurch angeheizt, dass das Angebot an neuem Wohnraum nicht mit der aufgrund des Bevölkerungswachstums und der zunehmend kleineren Haushalte gestiegenen Nachfrage Schritt hielt. Den Prognosen zufolge fehlen im Jahr 2025 mehr als 400 000 Wohnungen ([16]). Um das Wohnraumangebot zu erhöhen, indem die wichtigsten, derzeit bestehenden Hindernisse für den Wohnungsbau beseitigt werden, könnte die Regierung ihre Pläne vorantreiben, die Planungs- und Genehmigungsverfahren, die durchschnittlich bis zu sechs oder sieben Jahre dauern, zu straffen und die Bauvorschriften zu vereinfachen. Darüber hinaus könnten mehr Flächen für den Bau neuer Wohnungen zur Verfügung gestellt werden. Es gibt mehrere weitere Engpässe, die Fortschritte behindern, darunter Arbeitskräftemangel und Baubeschränkungen im Zusammenhang mit übermäßigen Stickstoffeinträgen und Überlastungen der Netze. Die Erhöhung des Wohnraumangebots ist wichtig, um makroökonomische Ungleichgewichte abzufedern.

(20) Der unterentwickelte private Mietmarkt in den Niederlanden stellt Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen vor erhebliche Schwierigkeiten, erschwinglichen und verfügbaren Wohnraum zu finden, und erhöht deren Armutsrisiko. Zwar haben die jüngsten politischen Maßnahmen, wie die Ausweitung regulierter Mieten, einige Mieter entlastet, doch haben sie – neben höheren Zinssätzen und Steueränderungen – auch zu einem schrumpfenden Bestand an Mietwohnungen beigetragen. Diese Entwicklung ist darauf zurückzuführen, dass Vermieter Immobilien an selbstnutzende Eigentümer verkaufen, wodurch es noch weniger verfügbare Mietwohnungen gibt. Gleichzeitig sind die Mieten für Wohnungen ohne Preisobergrenze gestiegen. Um das Wachstum im privaten Mietsektor zu stimulieren, könnten Investitionen in den privaten Mietmarkt attraktiver gemacht werden, indem die regulierten Mieten besser an die Immobilienbewertungen angepasst werden, wobei es gleichzeitig eine Rückkehr zu überhöhten Mieten zu vermeiden gilt. Eine solche ausgewogene Neuanpassung könnte dazu beitragen, sowohl das allgemeine Wohnraumangebot zu erhöhen als auch die Anreize zu verringern, Hypothekenschulden für den Kauf eines Hauses aufzunehmen, was wiederum helfen würde, makroökonomische Ungleichgewichte abzumildern.

(21) Das niederländische System der Langzeitpflege ist aufgrund der Bevölkerungsalterung, teurer Pflegeeinrichtungen und einer großzügigen Absicherung von Familienangehörigen mit erheblichen Herausforderungen konfrontiert. Verglichen mit den meisten Mitgliedstaaten schneiden die Niederlande gut ab, was die Angemessenheit, Verfügbarkeit und Qualität ihres Systems der Langzeitpflege und die Zahl der Arbeitskräfte in diesem Bereich angeht. Allerdings belastet das System zunehmend den Staatshaushalt. 2022 beliefen sich die Gesamtausgaben für die Langzeitpflege in den Niederlanden auf 3,8 % des BIP, den höchsten Wert in der EU, und dieser Wert dürfte dem Bericht der Kommission über die Bevölkerungsalterung 2024 zufolge bis 2070 auf 5,7 % des BIP steigen. Um diesem Anstieg zu begegnen, könnte beispielsweise die Selbstbeteiligung der Betroffenen an die Kosten der verschiedenen Pflegeleistungen, die sie erhalten, angepasst werden. Das System wäre kosteneffizienter, wenn die Patienten ihre Pflegeumgebung entsprechend ihrem individuellen Pflegebedarf wählen würden, anstatt die Entscheidung anhand der niedrigsten Selbstbeteiligung zu treffen. Der Koalitionsvertrag der neuen Regierung enthält Bemühungen zur Verbesserung der Kosteneffizienz, unter anderem um strukturelle Einsparungen von rund 0,2 % des BIP in der laufenden Wahlperiode zu erzielen. Zusätzliche Investitionen in die Prävention, damit der Langzeitpflegebedarf erst später eintritt, und die weitere Verbesserung der gemeindenahen Pflege könnten ebenfalls zur Reduzierung der Kosten beitragen. Diese Verbesserungen könnten gewährleisten, dass die Leistungen des Systems effizienter verteilt werden, ohne das hohe Maß an Absicherung und die Qualität des Systems zu beeinträchtigen.

(22) Die systematische, sinnvolle und zeitnahe Einbeziehung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, der Sozialpartner, der Zivilgesellschaft und anderer relevanter Interessenträger bleibt unerlässlich, um sicherzustellen, dass die erfolgreiche Umsetzung der Finanzierungsinstrumente der Union auf breiter Basis eigenverantwortlich mitgetragen wird, auch im Rahmen des Europäischen Semesters.

([16]) Auf der Grundlage von Berechnungen und Prognosen der Europäischen Kommission und der Gemeinsamen Forschungsstelle. Einzelheiten dazu siehe Balouktsi et al. (2026) „Housing investment needs in the EU“ (Bedarf an Investitionen in den Wohnungsbau in der EU). JRC Technical Report 144419.

(23) Die kohäsionspolitischen Programme, die in den Niederlanden Unterstützung aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Fonds für einen gerechten Übergang (JTF) und dem Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) beinhalten, werden schneller als im EU-Durchschnitt umgesetzt, sowohl was die Auswahl der Projekte als auch die Zahlungen betrifft. Es ist wichtig, die derzeitige Dynamik aufrechtzuerhalten und gleichzeitig die Wirkung der Investitionen vor Ort zu maximieren. Die Niederlande ergreifen im Rahmen ihrer kohäsionspolitischen Programme bereits Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und des Wachstums. Es ist unerlässlich, dass die neuen Investitionen, die die Niederlande im Rahmen der Halbzeitüberprüfung der kohäsionspolitischen Fonds genannt haben, und insbesondere jene, die mit den fünf in der Verordnung über die Halbzeitüberprüfung ([17]) formulierten Prioritäten zusammenhängen, rasch und wirksam getätigt werden.

(24) Die Niederlande stehen vor mehreren Herausforderungen im Zusammenhang mit unzureichenden Investitionen in Forschung und Innovation und einem begrenzten Zugang zu Finanzmitteln für Start-ups und Scale-ups, der anhaltenden Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen in Verbindung mit einer überlasteten Stromnetzinfrastruktur, der Segmentierung des Arbeitsmarkts sowie dem Arbeits- und Fachkräftemangel, einschließlich mangelnder Grundfertigkeiten und zu wenig Interessenten im Bereich der MINT-Fächer, insbesondere bei unterrepräsentierten Gruppen.

(25) Das niederländische Innovationsökosystem profitiert von guten Rahmenbedingungen für Forschung und Innovation, aber die Intensität der öffentlichen Forschung und Entwicklung liegt nach wie vor unter dem EU-Durchschnitt, und die Intensität der privaten Forschung und Entwicklung hinkt gegenüber den leistungsstärksten Ländern in der EU (Schweden, Dänemark und Finnland) und den globalen Innovationsführern wie den Vereinigten Staaten hinterher. Werden diese Lücken nicht geschlossen, besteht die Gefahr, dass sich die Fortschritte im Bereich Forschung und Entwicklung weiter verlangsamen. Zur Bewältigung dieser Herausforderungen kündigte die niederländische Regierung einen Aktionsplan an, um das Ziel von 3 % des BIP für Investitionen in Forschung und Entwicklung bis 2030 zu erreichen, einschließlich politischer Initiativen wie der Einrichtung einer nationalen Agentur für disruptive Innovation, einer überarbeiteten Industriepolitik in Schlüsselsektoren wie Halbleiter oder Biotechnologie und der Unterstützung regionaler Innovationscluster. Die Umsetzung dieser Maßnahmen befindet sich jedoch noch in einem frühen Stadium. Um fragmentierte Maßnahmen zu vermeiden und deren Wirksamkeit zu maximieren, ist es entscheidend, die Kohärenz zwischen diesen Initiativen und der bestehenden nationalen Technologiestrategie zu gewährleisten. Mehr öffentliche Unterstützung für Innovationen kann dazu beitragen, die Innovationslandschaft zu fördern, das Wachstum der Produktivität anzukurbeln und die Position der Niederlande als europäischer Innovationsführer zu verstetigen.

(26) Obwohl in den Niederlanden einer der tiefsten Risikokapitalmärkte in der Europäischen Union besteht, haben einige niederländische Start-ups und Scale-ups Schwierigkeiten beim Zugang zu Finanzmitteln. Insbesondere Start-ups haben in der Phase vor der Gründung mit Einschränkungen zu kämpfen und tun sich in der Folge schwer, erfolgreich zu expandieren. Ein Mangel an Risikokapital in der Spätphase führt dazu, dass innovative niederländische Unternehmen Finanzierungsmöglichkeiten im Ausland suchen oder ihren Standort dorthin verlagern, wodurch es die Niederlande seltener schaffen, dass Start-ups zu großen Marktakteuren werden. Die öffentliche finanzielle Unterstützung für Start-ups und Scale-ups war bislang relativ gering und kaum berechenbar. Die niederländische Regierung hat angekündigt, eine nationale Investitionseinrichtung mit Schwerpunkt auf Start-ups und Scale-ups einzurichten, die voraussichtlich 2028 ihre Arbeit aufnehmen wird. Allerdings wird es auf eine wirksame Umsetzung und kontinuierliche Überwachung ankommen. Wird die derzeitige Finanzierungslücke nicht geschlossen, könnte dies Innovationen und die langfristige Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen, da Start-ups und Scale-ups tendenziell ein höheres Produktivitätswachstum aufweisen als andere neue Unternehmen. Neben dem Zugang zu Finanzmitteln spielen auch die allgemeinen Rahmenbedingungen für Unternehmen eine wichtige Rolle bei der Unterstützung von Start-ups und Scale-ups. Komplexe Rechtsvorschriften, hoher Verwaltungsaufwand und Unsicherheiten im Steuerrahmen können die Innovations- und Expansionsfähigkeit der Unternehmen beeinträchtigen. Um dieses Problem anzugehen, könnten die Niederlande davon profitieren, wenn Finanzierungsinstrumente wie Garantien und Dachfondsstrukturen verstärkt genutzt würden, um Kapital zu mobilisieren und institutionelle Anleger anzuziehen. Die nationale Investitionseinrichtung könnte auch zu mehr Berechenbarkeit der Politik und weniger Fragmentierung beitragen.

([17]) Verordnung (EU) 2025/1914 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. September 2025 zur Änderung der Verordnungen (EU) 2021/1058 und (EU) 2021/1056 in Bezug auf spezifische Maßnahmen zur Bewältigung strategischer Herausforderungen im Rahmen der Halbzeitüberprüfung.

(27) Die Innovationstätigkeit in den Niederlanden konzentriert sich stark auf große, etablierte Unternehmen (2023 entfiel rund ein Viertel der gesamten Investitionen in Forschung und Entwicklung auf die drei führenden Unternehmen), während junge und kleine Unternehmen nur einen geringen Beitrag leisten. Trotz des vergleichsweise hohen Digitalisierungsgrads niederländischer KMU besteht nach wie vor eine erhebliche Kluft zwischen kleinen und großen Unternehmen bei der Einführung fortschrittlicher Technologien wie künstlicher Intelligenz und Cloud-Computing. Infolgedessen wird das Produktivitätswachstum in erster Linie von etablierten Unternehmen getragen, und die Unterschiede zwischen Unternehmen innerhalb derselben Sektoren nehmen zu. Durch weitere Digitalisierung und Innovation bei KMU ließe sich das Produktivitätswachstum steigern. Die niederländische Regierung hat eine Überarbeitung der Regelung für FuE-Steuerermäßigungen angekündigt, um sie zu vereinfachen und ihren Anwendungsbereich auszuweiten und so Anreize für kleinere und neuere Unternehmen zu schaffen, sich an Forschung und Entwicklung zu beteiligen. Zusätzlich könnten die Niederlande eine Kombination aus steuerlichen und nichtsteuerlichen Maßnahmen durchführen, wie etwa Gutscheine und Zuschüsse für die Einführung digitaler Lösungen, steuerliche Anreize für Investitionen in fortgeschrittene Technologien und gezielte Schulungen zur Förderung digitaler Kompetenzen, zur Ankurbelung der Einführung fortgeschrittener Technologien und zur Stärkung der Innovationskapazität, insbesondere bei KMU.

(28) Die Niederlande sind nach wie vor stark von fossilen Brennstoffen abhängig, obwohl der Anteil erneuerbarer Energien am Strommix in den Niederlanden über dem EU-Durchschnitt liegt. Während sich der Ausbau erneuerbarer Energiequellen im Jahr 2024 beschleunigt hat, haben die Niederlande im Jahr 2025 nur geringe Fortschritte beim Ausbau erneuerbarer Energiequellen erzielt, was zum Teil auf Netzengpässe, steigende Kosten in den Lieferketten der Offshore-Windenergiebranche und eine geringer als erwartete Stromnachfrage der Industrie zurückzuführen ist. Während der Endenergieverbrauch im Wohngebäudesektor zurückging, stieg der Endenergieverbrauch insgesamt in den Niederlanden 2024 im Vergleich zu 2023 an, wodurch sich der seit 2019 erreichte Rückgang umkehrte. Dies macht die niederländische Wirtschaft anfällig für globale Preisentwicklungen und behindert den Übergang zu einer grünen Wirtschaft. Daher sind zusätzliche Anstrengungen erforderlich, um die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu verringern und die Energieeffizienz in den Niederlanden, auch in Gebäuden und bei industriellen Prozessen, zu verbessern. Dazu könnten Maßnahmen zur Verringerung der finanziellen Risiken im Bereich der Offshore-Windenergie gehören, um die Attraktivität von Investitionen in diesen Sektor zu erhalten.

(29) Die Überlastung der Stromnetze hat sich weiter verschärft, sowohl im ländlichen Raum als auch in den Städten, und betrifft sowohl die Übertragungs- als auch die Verteilernetze. Dies behindert die Energiewende, schränkt die Wirtschaftstätigkeit ein und beeinträchtigt die Wettbewerbsfähigkeit der Niederlande. Netzüberlastungen wird durch eine Kombination aus steigenden Investitionen in Netz- und Regulierungsinitiativen, darunter das neue Energiegesetz, begegnet. Trotz dieser Maßnahmen wird die Netzüberlastung kurz- bis mittelfristig weiterhin eine große Herausforderung darstellen und daher anhaltende Aufmerksamkeit und Maßnahmen erfordern. Die Niederlande könnten davon profitieren, die Kapazität ihres Übertragungs- und Verteilernetzes zu erhöhen, Lösungen für ein flexibles Stromangebot und eine flexible Stromnachfrage umzusetzen und Anreize dafür zu schaffen, den zonenübergreifenden Stromhandel mithilfe der bestehenden grenzüberschreitenden Infrastruktur zu maximieren und die Netzgenehmigungsverfahren weiter zu vereinfachen.

(30) Da Humankapital bei der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und der strategischen Autonomie der Union eine entscheidende Rolle spielt, empfahl der Rat den Mitgliedstaaten 2026, Maßnahmen zu ergreifen, um die damit verbundenen strukturellen Herausforderungen in den Bereichen Kompetenzen, allgemeine und berufliche Bildung, die die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen, dringend anzugehen. Die an die Niederlande gerichteten länderspezifischen Empfehlungen 2026 können zur Umsetzung der Empfehlung des Rates zum Humankapital in der Union beitragen.

(31) Übermäßige Stickstoffeinträge, vor allem (aber nicht ausschließlich) aus der intensiven Landwirtschaft, sind nach wie vor ein erhebliches Umweltproblem, das sich auf die gesamte Wirtschaft der Niederlande auswirkt. Übermäßige Stickstoffeinträge führen zu einer Überdüngung und Übersäuerung von Böden und Gewässern und bedeuten hohe Auflagen für die Genehmigung von Bautätigkeiten. Auch der Zustand des Oberflächen- und Grundwassers gibt weiterhin Anlass zur Sorge. Auch der Zustand des Oberflächen- und Grundwassers gibt weiterhin Anlass zur Sorge. Es müssen konkrete Maßnahmen umgesetzt werden, um strukturell gegen übermäßige Stickstoffeinträge durch die emittierenden Sektoren vorzugehen und den Übergang zu einer nachhaltigen Landwirtschaft, einschließlich des ökologischen/biologischen Landbaus, voranzutreiben. Die Niederlande könnten insbesondere von der Einführung landwirtschaftlicher Verfahren profitieren, die die Reduzierung der Nährstoff- und Pestizidbelastung sowie der Treibhausgasemissionen zum Ziel haben.

(32) Der Anteil flexibler Beschäftigungsverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt, der sowohl befristet Beschäftigte als auch Selbstständige umfasst, ist mit 35,4 % in den Niederlanden nach wie vor hoch und liegt weit über dem EU-Durchschnitt von 20,6 %. Während ein gewisses Maß an Flexibilität förderlich für die wirtschaftliche Anpassungsfähigkeit ist, hat die weitverbreitete Nutzung flexibler Beschäftigungsmöglichkeiten die Segmentierung des Arbeitsmarktes vertieft (d. h. die Aufteilung des Arbeitsmarktes in verschiedene Kategorien von Arbeitnehmern mit unterschiedlich hoher Arbeitsplatzsicherheit und/oder unterschiedlichem Zugang zu sozialen und anderen Leistungen). Schutzbedürftige Gruppen wie Geringqualifizierte und Menschen mit Migrationshintergrund sind unverhältnismäßig stark betroffen und finden sich häufig in prekären Beschäftigungsverhältnissen wieder, einhergehend mit einem begrenzten Zugang zu Aus- und Weiterbildung, unzureichendem Sozialschutz und einem höheren Risiko für Armut trotz Erwerbstätigkeit und für soziale Ausgrenzung. Diese Herausforderungen verschärfen nicht nur die Chancenungleichheit, sondern untergraben auch die langfristige Produktivität. Um den Arbeitnehmerschutz zu erhöhen und einheitlichere Wettbewerbsbedingungen für Arbeitnehmer zu schaffen, bringt die Regierung ein Reformpaket auf den Weg, durch das die Anreize für Selbstständigkeit und flexible Beschäftigungsverhältnisse verringert werden sollen. Hierbei ist entscheidend, dass rasch eine obligatorische Invaliditätsversicherung für Selbstständige eingeführt wird und denjenigen, die im Rahmen flexibler Arbeitsverträge arbeiten, mehr Arbeitsplatzsicherheit geboten wird.

(33) Der Arbeits- und Fachkräftemangel stellt in den Niederlanden nach wie vor eine zentrale Herausforderung dar und betrifft Sektoren, die mit dem grünen und digitalen Wandel sowie mit gesellschaftlichen Herausforderungen wie Gesundheitsversorgung, Bildung, Technologie und IKT im Zusammenhang stehen. Der Arbeitskräftemangel wird nach wie vor durch strukturelle Faktoren wie die hohe Nachfrage in Sektoren mit geringer Produktivität und das mangelnde Angebot aufgrund der geringen durchschnittlichen Zahl der geleisteten Arbeitsstunden sowie der Alterung und der langsamen Zunahme der Erwerbsbevölkerung bedingt. Zwar wurden möglicherweise Anreize für arbeitssparende Innovationen geschaffen, doch besteht die Gefahr, dass anhaltende Engpässe das Produktivitätswachstum und die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen. Die Niederlande weisen eine hohe Erwerbsbeteiligung auf, aber es besteht weiterhin ein Potenzial ungenutzter Arbeitskräfte bei Menschen mit Migrationshintergrund und Teilzeitbeschäftigten, insbesondere Frauen. Eine bessere Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben, unter anderem durch einen besseren Zugang zu bezahlbarer Kinderbetreuung, und die Anwerbung von Talenten in Berufen, in denen ein anhaltender Mangel besteht, können dazu beitragen, das Arbeitskräfteangebot zu erhöhen. Es gibt verschiedene Weiterbildungs- und Umschulungsmöglichkeiten, aber Menschen am Rande des Arbeitsmarktes kommen hier nur begrenzt zum Zuge. Für mobile Arbeitnehmer und Wanderarbeitnehmer bestehen nach wie vor Herausforderungen im Zusammenhang mit der Arbeitsplatzqualität und den Arbeitsbedingungen, insbesondere in arbeitsintensiven Sektoren, die auf flexible Beschäftigungsregelungen angewiesen sind. Politische Maßnahmen auf der Nachfrageseite könnten sich darauf konzentrieren, die strukturellen Treiber arbeitsintensiver Sektoren mit geringer Produktivität anzugehen und gleichzeitig Sektoren mit hoher Wertschöpfung und Sektoren im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Herausforderungen wie Bildung, Gesundheitsversorgung sowie dem grünen und digitalen Wandel zu fördern und so die sektorübergreifende Mobilität zu unterstützen.

(34) Die immer geringeren Grundfertigkeiten von Studierenden in den Niederlanden stellen ein Risiko für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und die Arbeitsmarktergebnisse dar. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit unterdurchschnittlichen Leistungen in Mathematik, Naturwissenschaften und Lesen ist in den letzten zehn Jahren stark gestiegen. Die Chancengleichheit im Bildungsbereich stellt nach wie vor eine Herausforderung dar, wobei Schülerinnen und Schüler aus benachteiligten Gruppen deutlich öfter unterdurchschnittliche Leistungen erzielen als andere Gleichaltrige. Die Niederlande könnten die gezielte Unterstützung für leistungsschwache Schulen, im Ausland geborene Schülerinnen und Schüler und solche mit Migrationshintergrund verstärken. Der Lehrkräftemangel hat sich zwar verringert, ist aber nach wie vor beträchtlich und wirkt sich auf die Lernergebnisse der Schülerinnen und Schüler aus. Um den Lehrerberuf attraktiver zu machen und dazu beizutragen, Lehrkräfte anzuziehen und zu halten, könnten die Niederlande die Arbeitsbedingungen und die Laufbahnentwicklung verbessern, unter anderem durch eine Verringerung des Verwaltungsaufwands für Lehrkräfte und die Förderung diversifizierterer Laufbahnen.

(35) Die Niederlande stehen bei der Entwicklung einer ausreichend breiten Kompetenzbasis in den MINT-Fächern vor strukturellen Herausforderungen. Zwar sind Berufs- und Hochschulbildung stark nachgefragt, doch der Anteil der Absolventinnen und Absolventen in MINT- und IKT-Fächern ist auf beiden Bildungsebenen nach wie vor vergleichsweise niedrig, worunter die Produktivität zunehmend leidet. Somit besteht ein anhaltender Fachkräftemangel in technischen Berufen, insbesondere in Sektoren wie Baugewerbe, Energie und verarbeitendes Gewerbe, die für den grünen und digitalen Wandel von entscheidender Bedeutung sind und in denen die Nachfrage nach Fachkompetenzen nach wie vor das Angebot übersteigt. Frauen sind in den MINT-Fächern immer noch deutlich unterrepräsentiert, und Studierende mit Migrationshintergrund drängen seltener in MINT-Berufe und verzeichnen häufiger unterdurchschnittliche Leistungen bei den Grundfertigkeiten. Diese Unterschiede hängen mit Geschlechterstereotypen und generellen Ungleichheiten im Bildungssystem zusammen, zu denen auch Leistungsdefizite bei benachteiligten Gruppen und erschwerte Zugänge für diese Gruppen zählen. Die Bewältigung dieser Probleme erfordert gezielte Unterstützungsmechanismen und einen besseren Zugang zu Berufsberatung, um mehr Menschen für MINT-Berufe zu gewinnen. Um den Talentpool zu erweitern, dem Fachkräftemangel zu begegnen und sicherzustellen, dass die Niederlande auf die sich wandelnden Anforderungen des Arbeitsmarktes reagieren können, müssen diese Bereiche inklusiver und attraktiver werden.

(36) Da die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets wirtschaftlich eng miteinander verflochten sind und gemeinschaftlich zum Funktionieren der Wirtschafts- und Währungsunion beitragen, sprach der Rat 2026 die Empfehlung aus, dass die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets unter anderem im Rahmen ihrer Aufbau- und Resilienzpläne Maßnahmen ergreifen sollten, um die Empfehlung zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets 2026 umzusetzen. Im Falle der Niederlande trägt Empfehlung 1 zur Umsetzung der ersten, zweiten, dritten und fünften Empfehlung für das Euro-Währungsgebiet bei, Empfehlung 2 trägt zur Umsetzung der vierten Empfehlung für das Euro-Währungsgebiet bei, die Empfehlungen 3 und 4 tragen zur Umsetzung der siebten Empfehlung für das Euro-Währungsgebiet bei und Empfehlung 5 trägt zur Umsetzung der fünften Empfehlung für das Euro-Währungsgebiet bei —

EMPFIEHLT, dass die Niederlande 2026 und 2027 Maßnahmen ergreifen, um

1. die vom Rat am 10. Juli 2026 empfohlenen Obergrenzen für das Nettoausgabenwachstum einzuhalten; die Gesamtausgaben für Verteidigung und Sicherheit zu erhöhen und die Verteidigungs- und Sicherheitsbereitschaft insgesamt zu stärken und gleichzeitig die Schuldentragfähigkeit und die Ausgabeneffizienz zu gewährleisten und den Haushalt schrittweise anzupassen, damit strukturell höhere Verteidigungsausgaben aufrechterhalten werden können; sicherzustellen, dass die Maßnahmen zur Abfederung der Auswirkungen der steigenden Energiepreise befristet und auf den Schutz finanziell schwächerer Haushalte bzw. die Bedürfnisse energieintensiver Unternehmen ausgerichtet sind und Energiesparanreize bewahren und dass die damit einhergehende Belastung für die öffentlichen Finanzen mit den Verpflichtungen aus dem haushaltspolitischen Rahmen der EU vereinbar ist; die Besteuerung verschiedener Arten von Einkünften aus Vermögen anzugleichen und unter anderem die Abzugsfähigkeit von Hypothekenzinsen schrittweise abzuschaffen; Hindernisse für den Bau neuer Wohnungen durch die Vereinfachung der Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beseitigen; die Entwicklung eines privaten Mietsektors zu unterstützen, der erschwinglichen Wohnraum anbietet, unter anderem durch eine Neuanpassung regulierter Mieten; den erwarteten Anstieg der alterungsbedingten Ausgaben in der Langzeitpflege durch die kosteneffizientere Gestaltung des Systems anzugehen;

2. die Kontinuität der im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität durchgeführten Reformen und Investitionen zu gewährleisten; die Umsetzungsdynamik im Rahmen der kohäsionspolitischen Programme aufrechtzuerhalten und hierzu gegebenenfalls auf Mittelumschichtungen zugunsten strategischer Prioritäten und Flexibilitäten zu setzen, die im Rahmen der Halbzeitüberprüfung des kohäsionspolitischen Rahmens vereinbart wurden;

3. die Intensität der öffentlichen und privaten Forschung und Entwicklung durch gezielte Unterstützung von Investitionen in strategische Schlüsseltechnologien und regionale Innovationsökosysteme zu steigern; die Finanzierungslücke für Start-ups und Scale-ups unter anderem durch die Schaffung von Anreizen für institutionelle Investoren zu schließen; KMU bei Innovationen und der Einführung neuer Technologien zu unterstützen;

4. die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen insgesamt durch den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien und die Steigerung der Energieeffizienz, insbesondere in Gebäuden, zu reduzieren; die Überlastung der Stromnetze durch die Erhöhung der Kapazität des Übertragungs- und Verteilernetzes, die Umsetzung von Flexibilitätslösungen, die Maximierung des zonenübergreifenden Handels und die weitere Vereinfachung von Genehmigungsverfahren zu verringern; strukturelle Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung übermäßiger Stickstoffeinträge und der Verschlechterung der Wasserqualität zu ergreifen, mit besonderem Augenmerk auf einer nachhaltigen Landwirtschaft;

5. die Anreize für die Nutzung flexibler oder befristeter Beschäftigungsverhältnisse zu verringern; dem Arbeits- und Fachkräftemangel entgegenzuwirken, unter anderem durch die Ausschöpfung des ungenutzten Arbeitskräftepotenzials und durch eine gezieltere Ausrichtung von Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen; die Umorientierung von Arbeitskräften in Sektoren mit hoher Produktivität und Sektoren im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Herausforderungen zu fördern und gleichzeitig die Arbeits- und Lebensbedingungen von mobilen Arbeitnehmern und Wanderarbeitnehmern zu verbessern; die Grundfertigkeiten der Schülerinnen und Schüler zu verbessern, unter anderem durch Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufs und durch maßgeschneiderte Unterstützung für benachteiligte Schulen; die Teilnahme an MINT-Programmen zu fördern.

Geschehen zu Brüssel am 10. Juli 2026.

Im Namen des Rates

Der Präsident

S. HARRIS